

EVN AG, Postfach 100, 2344 Maria Enzersdorf

Energie Control Austria  
z.H. Mag. Norbert Fürst  
Rudolfsplatz 13a  
1010 Wien

**Kontakt** Mag. Andreas Rautner, BA MLS / DI Ernst Miksovsky

**Telefon** +43 2236 200-12600 / 12350

**Datum** 15.11.2013

## **Stellungnahme der EVN AG zum Begutachtungsentwurf der Systemnutzungsentgelt Verordnung 2012 Novelle 2014**

Sehr geehrter Herr Mag. Fürst,

nachstehend erlauben wir uns zum Begutachtungsentwurf der Systemnutzungsentgelte-Verordnung 2012 Novelle 2014 (in der Folge: SNE-VO 2012 Novelle 2014) Stellung zu nehmen:

### **I. Allgemeine Anmerkungen:**

Der vorliegende Entwurf der SNE-VO 2012 Novelle 2014 prolongiert die bereits bestehenden übermäßigen Belastungen für Erzeuger und führt in Anbetracht der derzeitigen Marktlage zu keiner wesentlichen Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Stromerzeugungsanlagen und damit der Aufrechterhaltung der Versorgungssicherheit in Österreich.

In den letzten Jahren wurden in Österreich einzelne Entgeltkomponenten wie das Netzverlustentgelt, das Systemdienstleistungsentgelt, das Netznutzungsentgelt für Pumpspeicherkraftwerke und die Kosten der Primärregelung sowie die Entgelte aus der Gas-Systemnutzungsentgelte-Verordnung für österreichische Erzeugungsanlagen eingeführt oder massiv erhöht. Diese Entgeltkomponenten gefährden weiterhin die Versorgungssicherheit in Österreich und stellen einen Wettbewerbsnachteil für österreichische Erzeuger dar, da Stromimporte aus angrenzenden EU-Nachbarstaaten nicht mit den Entgeltkomponenten, welche inländische Erzeuger zu tragen haben, konfrontiert werden. In einem gemeinsamen Marktgebiet sind gleiche tarifliche Wettbewerbsbedingungen unabdingbar.

Hinsichtlich der Höhe des Systemdienstleistungsentgeltes (Österreichischer Bereich) gemäß § 8 des aktuellen Entwurfs wird von Seiten der EVN AG angemerkt, dass diese Entgeltkomponente von 0,118 €/Cent/kWh im Rahmen der SNE-VO 2012 um rd. 52 % auf 0,179 €/Cent/kWh in der SNE-VO 2012 Novelle 2013 erhöht wurde. Die nunmehr im gegenständlichen Entwurf vorgesehene Höhe des Systemdienstleistungsentgeltes von 0,1630 €/Cent/kWh stellt zwar eine begrüßenswerte Senkung von rd. 9,82 % gegenüber 2013 dar, jedoch erscheint diese Entgeltkomponente weiterhin überhöht. In diesem Zusammenhang ersuchen wir, die möglichst rasche Marköffnung für Sekundärregelung hin zu größeren Märkten zu forcieren.

II. Im Einzelnen:

Zu § 4 Abs. 1 Z 9 „Netznutzungsentgelt für Anbieter von Regelenergie“:

EVN AG begrüßt grundsätzlich tarifliche Maßnahmen, die geeignet erscheinen, um Anreize für eine Stützung und Erhöhung der Versorgungssicherheit in Österreich zu schaffen.

Aus dem Begutachtungsentwurf sowie aus der diesbezüglichen Erläuterung ist jedoch nicht ersichtlich, wie im Konkreten die angedachte Bestimmung in der Praxis (Betroffene Kundengruppen, Verantwortlichkeiten im Zuge der Abrechnung und Ablauf zwischen den Marktteilnehmern etc.) anzuwenden ist. Diesbezüglich ersuchen wir um nähere Ausführungen in den Erläuterungen sowie um Klarstellung, dass die angedachte Entgeltbestimmung des § 8 sich ausschließlich auf die Entnehmer aus dem Netz (ausgenommen Pumpspeicher) bezieht.

Zu § 8 „Bestimmungen des Systemnutzungsentgeltes“:

Zu § 8 dürfen wir an dieser Stelle zum wiederholten Male vorbringen, dass die EVN AG der Auffassung ist, dass die gesetzlich vorgesehene Einbeziehung der Arbeitskosten der Sekundärregelung in die Systemnutzungstarife dem Grundsatz der Kostenverursachungsgerechtigkeit widerspricht und diskriminierend ist. Weiters wird die Einbeziehung von Kosten aus der technisch der Tertiärregelung zuzurechnenden Produkten (sogenannte Ausfallsreserve) in die Systemdienstleistung abgelehnt.

Trotz der gesetzlich vorgeschriebenen marktkonformen Ausschreibung der Sekundärregelung gemäß § 69 EWOOG würde der in der SNE-VO 2013 Novelle 2014 angedachte Tarif, noch immer einen Anstieg gegenüber der SNE-VO 2012 von rd. 40 % bedeuten.

Dadurch erwächst den inländischen Erzeugern ein Wettbewerbsnachteil gegenüber den ausländischen Anbietern. Weiters besteht damit auch die konkrete Gefahr, dass eine Reihe von politischen Zielsetzungen (weniger Atomstromimport; Versorgungssicherheit, Stärkung der inländischen Stromproduktion) nicht erreicht werden können.

Die Regelung des § 8 kann aufgrund der vorliegenden Informationen der Höhe nach nicht nachvollziehbar geprüft werden. Unseres Erachtens bedarf es einer klaren Darstellung in den Erläuterungen wie diese Entgeltkomponente zustande kommt. Insbesondere hierzu stehen wir gerne auch zu direkten Erörterungen (auch unter Beziehung anderer Marktteilnehmer) zur Verfügung.

Wir ersuchen um Berücksichtigung unserer Anmerkungen und zeichnen

mit freundlichen Grüßen

EVN AG

**Abgefertigt am**

**18. Nov. 2013**

**Poststelle**